

Anbei wird eine Presseaussendung von folgenden Personen übermittelt:

Bgm Gerald Hüller (Marz)
Bgm Karl Izmenyi (Krensdorf)
Bgm Christian Kurz (Pöttelsdorf)
Bgm Herbert Pinter (Zemendorf-Stöttera)
Bgm Frank Wiemer (Antau)
VzBgm Oliver Biringer (Forchtenstein)
VzBgm Anton Taschner (Siegggraben)

Pöttelsdorf, 02.12.2024

Landesbudget 2025 versetzt Gemeinden unter Schock:

Land treibt Gemeinden in finanziellen Ruin!

Mit der Übermittlung der Budgetvorschau für das Jahr 2025 wurde den Gemeinden viel zu spät die traurige Wahrheit präsentiert: Die Landesabzüge bei den Ertragsanteilen zerstören die burgenländischen Gemeinden und treiben diese endgültig in den finanziellen Ruin. Deshalb zeigen die Bürgermeister der Gemeinde Pöttelsdorf, Zemendorf-Stöttera, Marz, Antau, Krensdorf sowie die Vizebürgermeister der Gemeinde Siegggraben und Forchtenstein diesen Wahnsinn auf und fordern sofort ein echtes Gemeindepaket zur Unterstützung der Gemeinden.

Die Ertragsanteile sind Anteile der Gemeinde an den Steuereinnahmen des Bundes. Diesen Einnahmen stehen die Abzüge des Landes aufgrund Landesgesetzen zur Finanzierung der Sozialhilfe, Behindertenvorsorge, Krankenanstalten und vielen anderen Ausgaben entgegen. Viele Gemeinden sind auf die monatliche Auszahlung der Ertragsanteile jedoch angewiesen, um ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Die Budgetvorschau 2025 sieht Steigerungen der Abzüge im Vergleich zum Vorjahr von 30 bis 45 Prozent mehr vor. „Ein Budget mit diesen Zahlen ohne Einschnitte auf Gemeindeebene zu erstellen ist unmöglich. Das Land hat daher den sozialen Kahlschlag in unseren Ortschaften zu verantworten. Dies ist sprichwörtlich ein Anschlag auf die Bürgerinnen und Bürger aller burgenländischen Gemeinden“, so die Bürgermeister und Vizebürgermeister.

Man fragt sich, warum sich die Abzüge so drastisch erhöht haben. Nach Aussagen der Mitglieder der Landesregierung trägt der Bund die Schuld. Dies ist für die Bürgermeister und Vizebürgermeister nicht nachvollziehbar. Bei genauerer Betrachtung der Budgetvorschau 2025 wird schnell klar, was los ist: Gestiegene Personalkosten im Zuge der Einführung des Mindestlohns in der Pflege sowie die Anstellung pflegender Angehöriger durch das Land, die Errichtung von Pflegestützpunkten, die Erhöhung des Rettungsbeitrages die Nachverrechnung eines Rechenfehlers beim Krankenanstaltenbeitrag und vieles mehr sind ausschlaggebend für diese Budgetmisere.

„Wir können uns nicht zur Wehr setzen, denn das Land behält sich die Mittel direkt ein. Die Berechnung der Abzüge ist eine große Blackbox: Transparenz ist Mangelware“, beklagen die Bürgermeister und Vizebürgermeister die mangelnde Nachvollziehbarkeit der Landesabzüge und führen aus: „Man könnte glauben, die Gemeinden werden nun für die maroden Landesfinanzen und die Prestigeprojekte des Landeshauptmannes zur Kasse gebeten.“

„Besonders prekär: Ein Rechenfehler des Landes über 20 Jahre hinweg belastet die Gemeindefinanzen zusätzlich. Die Aufrollung dieses Rechenfehlers hebt das Land, zur großen Verwunderung der Gemeinden, in den nächsten drei Jahren ein. „Informiert wurden wir darüber mit dem Auszahlungsschreiben vom Juli 2024. Wir konnten uns nicht wehren; ein Drittel der Nachzahlung wurde sofort einbehalten“, schildern die Bürgermeister und fahren fort: „Wenn wir als Gemeinde eine Abgabe 20 Jahre lang zurückrechnen würden, wäre das gesetzwidrig. Wir unterstellen hier Fahrlässigkeit und parteipolitische Willkür als Angriff auf die Gemeinden!“

Bundesregierung hat bereits drei Gemeindepakete beschlossen!

Die Bundesregierung hat trotz schwieriger Jahre bereits drei Gemeindepakete in der Höhe von rund € 3 Mrd. beschlossen und hat damit die Gemeinden in ganz Österreich wesentlich unterstützt. Allein das dritte Gemeindepaket bringt den Gemeinden im Bezirk Mattersburg 2025 rund € 3,8 Mio. Traurigerweise ist das Burgenland das einzige Bundesland in Österreich, das trotz einer absoluten Mehrheit einer Partei kein Gemeindepaket zur Entlastung der Gemeinden umgesetzt hat.

Das Pseudo-Paket, der sogenannte „Gemeindefonds“ der Landesregierung, schickt die Gemeinden zuerst in die Insolvenz und stellt sie an den Pranger. Erst danach übernimmt das Land Kredite unter der Bedingung von Besitzübertragungen. „Völlig inakzeptabel“, sagen die Bürgermeister und Vizebürgermeister.

Auch die Erhöhung der Bedarfszuweisungen durch das Land sehen die Bürgermeister und Vizebürgermeister nicht als Entlastung. „Die Vergangenheit zeigt, dass der Großteil der Bedarfszuweisungen nicht gerecht unter den Gemeinden verteilt oder für fragwürdige Projekte oder Vereine ausbezahlt wurde. Anträge beim Landeshauptmann bleiben zumeist sogar unbeantwortet.“

Echtes Entlastungspaket ist auch im Burgenland dringend notwendig!

Die Bürgermeister und Vizebürgermeister fordern ein echtes Gemeindeentlastungspaket. „Die Abschaffung der Landesumlage, zum Beispiel, würde unseren Gemeinden mit einem Schlag Mehreinnahmen bringen, die wir für wichtige Investitionen dringend benötigen. Ohne eine echte Entlastung der Gemeinden schaut es in Zukunft für unsere Gemeinden düster aus.“

Foto: (v.l.n.r.) VzBgm Oliver Biringer, Bgm Karl Izmenyi, Bgm Frank Wiemer, Bgm Christian Kurz, Bgm Gerald Hüller, VzBgm Anton Taschner, Bgm Herbert Pinter.